

## Die Rückkehr zu Hartz IV

VON ANTJE HÖNING

**N**a endlich! Die Ampel hat eingesehen, dass sie sich und dem Land mit dem Bürgergeld keinen Gefallen getan hat. Nun hat sie im Schatten der Haushaltsverhandlungen viele Regeln wieder verschärft. Die komplizierten schrittweisen Sanktionen werden durch eine einheitliche kräftige Leistungsminderung ersetzt, wenn Arbeitslose eine Stelle ablehnen. Alles andere war für die Jobcenter nicht umsetzbar, die dem Bürgergeld von Hubertus Heil früh ein „Mangelhaft“ ausgestellt hatten. Ebenso wird nun die Karenzzeit, in der Langzeitarbeitslose ihr Vermögen nicht antasten müssen, von zwölf auf sechs Monate halbiert. Auch hier hatte die ursprüngliche großzügige Regelung falsche Anreize gesetzt. Das Bürgergeld ist eine Fürsorgeleistung. Bevor jemand die Solidargemeinschaft in Anspruch nimmt, muss er seinen Beitrag leisten.

Der Bundesarbeitsminister spricht jetzt von einem „vertretbaren Nachsteuern“. Es ist mehr, und man darf gespannt sein, wann das alle Genossen realisieren. Die Reform des Bürgergelds bedeutet eine weitgehende Rückkehr zu Hartz IV – und das ist gut so. Die SPD wollte von den Erfolgen, die die Agenda 2010 von Gerhard Schröder gebracht hat, nie etwas wissen. Das war schon immer ein Fehler. Die Agenda hatte die Basis für weitgehende Vollbeschäftigung gelegt. Das Bürgergeld mit seiner kräftigen Leistungserhöhung und den laschen Nebenbedingungen hatte dagegen dazu geführt, dass Arbeit sich nicht mehr lohnt. Das wird nun korrigiert. Mehr Druck auf Schwarzarbeiter ist allerdings eine Nebelkerze von Heil – er bietet gar nicht das Personal, um die Betrüger aufzuspüren. Noch besser wäre es, wenn die Ampel nun die Karenzzeit beim Schonvermögen ganz streicht, wenn sie den Lohnabstand wieder herstellt und wenn die Jobcenter unbürokratischer werden. Fördern und Fordern: Nur dieser Mix macht Arbeitsmarktpolitik erfolgreich.

## Was Wähler wirklich wissen müssen

VON MARTIN KESSLER

**D**ie jüngste Umfrage der Europäischen Investitionsbank hat es erneut ans Tageslicht gebracht: Die Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten, gerade auch in Deutschland, verstehen nur unzureichend die Zusammenhänge beim Klimawandel. Über die Hälfte der deutschen Befragten weiß etwa nicht, dass ein Tempolimit zu weniger Kohlendioxid-Ausstoß führt. Nur 47 Prozent sind der Meinung, dass die Dämmung von Häusern gut für das Klima ist. Manche Klimaschützer mögen darin ein Versagen der Demokratie sehen. Gesundheitsminister Karl Lauterbach setzt gar bei Maßnahmen gegen die Erderwärmung vornehmlich auf Expertenwissen – notfalls am Parlament vorbei.

Die Unkenntnis ist nicht so gravierend, wie es Kritiker gerne darstellen. Und Experten sollen gerade nicht am Parlament vorbei das letzte Wort bei Fragen haben, die alle betreffen. Natürlich haben Menschen andere Sorgen, als sich um die Details der Klimapolitik zu kümmern. Sie müssen ihren Lebensunterhalt verdienen, die Probleme des Alltags meistern, ihre Kinder aufziehen und sich vielleicht um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Eine gewisse Unkenntnis über den Klimawandel ist da völlig normal.

Es reicht deshalb, sich grob über die wichtigen Themen der Politik zu informieren – Klimawandel, Krieg, Inflation, Steuern und Rente. Dazu genügen eine Tageszeitung, ein Online-Abonnement oder die „Tagesschau“. Es kommt eben in der Demokratie auf die richtige Arbeitsteilung an. Menschen übertragen ihre politische Souveränität auf Zeit an gewählte Politiker, die wiederum die Kenntnisse von Expertinnen und Experten in Anspruch nehmen. Die demokratische Debatte führt meist zu einem Ergebnis, das der Wähler oder die Wählerin beurteilen kann – gerade auch, wenn es den Alltag betrifft. Denn dafür sind die meisten Menschen wirklich Experten.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

**ANALYSE** Trotz des Dämpfers im zweiten Durchgang: Der Rassemblement National in Frankreich ist erfolgreich. Das will die AfD nutzen - und spricht von einer Kanzlerkandidatin. Aber das Vorbild dürfte zunächst unerreichbar sein.

## Lernen von Le Pen

VON JULIA RATHCKE

**G**emeinsame Bilder von Alice Weidel und Marine Le Pen gibt es nicht. Auch wenn es der AfD-Chefin sehr gefallen dürfte, hat sich die mächtige Frau des Rassemblement National (RN), die dreimalige französische Präsidentschaftskandidatin, noch nie mit ihrer deutschen Kollegin ablichten lassen – obwohl Weidel kaum eine Gelegenheit zur Anbiederung ausließ: Mit „respektvoller Würdigung“ und der „größten Hochachtung“ schrieb sie Anfang des Jahres einen persönlichen Brief an Le Pen, nachdem sich die beiden in Paris zum Mittagessen getroffen hatten. Weil dort nicht alle Unstimmigkeiten ausgeräumt worden waren, die das „Potsdamer Geheimgespräch“ ausgelöst hatte, verlangte Le Pen ein schriftliches Zugeständnis – und Weidel lieferte.

Auf den Fuß folgen würde die zehn Jahre jüngere AfD-Vorsitzende ihrem französischen Vorbild wohl gern auch in der großen Politik, wie seit Sonntag klar sein dürfte. Dass sie als Kanzlerkandidatin zur Bundestagswahl 2025 antritt, hat zumindest der formal gleichberechtigte Co-Vorsitzende Tino Chrupalla in der ARD ins Spiel gebracht. „Alice Weidel wäre eine sehr gute Kanzlerkandidatin, was ich auch unterstützen würde“, sagte er. Dass er betont, entscheiden werde letztlich die Basis, ist zu vernachlässigen. Denn er selbst wäre derzeit die einzige parteiinterne Konkurrenz in der K-Frage. Er legt damit seine eigenen Ambitionen öffentlich ad acta. Auch dass sich Weidel gleichzeitig im ZDF zu der Frage bedeckt hielt, dürfte eher taktische Gründe haben. Nach außen – in Teilen auch nach innen – gibt sich die AfD schließlich gern als besonders basisdemokratische Partei.

Den Mitgliedern und der Spitze der Partei reichen gute zweistellige Best-

werte nicht mehr, die bei den Ost-Landtagswahlen zu erwarten sind. Sie wollen über kurz oder lang mitregieren. Dafür sind offene Debatten über Kanzlerkandidaturen und Ministerpräsidentenämter zu wenig – es braucht strategische Konzepte, die Brandmauern zu durchbrechen, solange keine absoluten Mehrheiten in Sicht sind.

Kein Wunder, dass Weidel, und nicht nur sie, sich an erfolgreichen Pendants in den Nachbarländern orientiert, von den Besten lernen will. Das tat die AfD schon unter Parteichefin Frauke Petry, die regen Austausch mit den europäischen Radikalen pflegte. Geert Wilders (jüngst Wahlsieger in den Niederlanden), Matteo Salvini (damals Vorsitzender der italienischen Lega Nord) und Marine Le Pen (damals noch Chefin der Partei unter ihrem alten Namen Front National) folgten 2017 Petrys Einladung zu einem Kongress europäischer Rechtspopulisten in Koblenz. Kurz nach dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise stimmte man sich darauf ein, gemeinsam Strategien gegen eine „Massenimmigration“ nach Europa zu entwickeln.

Der kleinen Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ im EU-Parlament gehörten damals 36 Abgeordnete rechtspopulistischer bis rechtsextremistischer Parteien an – auch die AfD fand dort Platz. Inzwischen haben die Rechtsaußen-Frakturen im Europäischen Parlament zwar an Gewicht und Bedeutung gewonnen, die AfD aber scheint außen vor zu sein. Wie am Montag bekannt wurde, ist sie auch im neuen Bündnis der „Patrioten für Europa“ nicht dabei, nachdem sie schon die weit rechts stehende ID-Fraktion abgelehnt hat. Der von der österreichischen FPÖ, Viktor Orbáns ungarischer Fidesz sowie der populistischen Ano aus Tschechien neugegründeten Patrioten-Fraktion schloss sich kurzerhand Marine Le Pens RN an – nachdem sich die Fran-

### INFO

#### Ermittlungen wegen Wahlkampffinanzierung

**Vorwurf** Die französische Justiz hat Vorermittlungen gegen Marine Le Pen wegen mutmaßlich illegaler Finanzierung ihres Präsidentschaftswahlkampfes 2022 aufgenommen. Dabei gehe es unter anderem um einen Wahlkampfkredit und die Veruntreuung von Geldern, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Die Ermittlungen seien nach einem Hinweis der Kommission für Wahlkampfkonten am 2. Juli aufgenommen worden.

**Hintergrund** Die Kommission prüft die Wahlkampfabrechnungen aller Kandidaten. Le Pen hatte 2022 etwa 11,5 Millionen Euro investiert. Die Kommission hatte bereits zuvor einen Teil der Ausgaben zurückgewiesen, darunter gut 300.000 Euro für Wahlkampfwerbung auf Bussen. Le Pen hatte die Präsidentschaftswahl 2022 in der Stichwahl gegen Emmanuel Macron verloren.

**EU** Die Fraktion „Patrioten für Europa“ um Ungarns Regierungschef Viktor Orbán und Le Pen war am Montag gegründet worden. Die Gruppe, die nach eigenen Angaben 84 Abgeordnete aus zwölf EU-Ländern zählt, dürfte drittstärkste Kraft im neu gewählten Parlament werden. (afp)



Marine Le Pen nach der Parlamentswahl am Sonntag. FOTO: DPA

zösin persönlich schon vor der EU-Wahl deutlich von der AfD distanziert hatte.

Dass es damals wie heute um Migrationspolitik geht, bei der sich die Rechtsextremen in ihren Zielen keineswegs unterscheiden, zeigt die Taktik Le Pens: eine Distanz zum Schein, um wählbar zu wirken. Vom ganz Extremen hat sich ihre Partei äußerlich gelöst – angefangen bei der Namensänderung 2018. Stück für Stück hat sich Marine Le Pen damit nicht nur von ihrem rechtsextremen, antisemitischen Vater und Parteigründer Jean-Marie Le Pen abgesetzt, sondern auch die asylfeindlichen, nationalistischen Inhalte durch Marketing salonfähig gemacht. Wie Le Pen will sich Weidel als für höchste Ämter geeignet präsentieren, verzichtet zunehmend auf schrille Töne, lässt Fragen notfalls offen und Provokationen ins Leere laufen. Einigkeit nach außen ist die neue Devise, deren Schein Chrupalla und Weidel ganz gut wahren – auf dem Parteitag machten sie gar Scherze über ihre gegenseitige Liebe. Zum schlechteren Wahlergebnis der Favoritin Weidel kein Ton. Da scheint die von Chrupalla festgestellte Kanzlerinnenwürde wie ausgleichende Gerechtigkeit.

Trotz aller Bemühungen um Professionalität ist die AfD dennoch weit entfernt vom Erfolg des RN. Schon Skandale wie die um die EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron würden Marine Le Pen nicht passieren. Hinter den Kulissen der wiedergewählten Parteiführung brodelt es weiter, auch wegen des Umgangs mit den beiden Beschuldigten. Nicht zuletzt dadurch gibt die AfD den Verfassungsschutzbehörden immer neuen Anlass, die Überwachung zu verschärfen. Auch das macht einen Durchmarsch wie den des RN in absehbarer Zeit eher unmöglich. Eine Kandidatur fürs Kanzleramt öffentlichkeitswirksam anzukündigen und im Wahlkampf auf die durchaus kluge Alice Weidel zuzuspitzen, wird auch da nicht helfen. Der RN in Frankreich wird nicht nur auf EU-Fraktionsebene fürs Erste unerreichbar bleiben.

### WISSENSDRANG

**V**or einigen Monaten wurde eine der Verurteilungen des US-amerikanischen Filmproduzenten Harvey Weinstein wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung vom höchsten Gericht des Staates in New York aufgehoben. Nun hat er auch in Los Angeles Berufung eingelegt, wo er 2022 zu 16 Jahren Haft verurteilt worden war.

Die Aufhebung des Urteils in New York hatte für Aufsehen gesorgt und die Frage aufgeworfen, was das für die „Me Too“-Bewegung bedeutet. Die Aufhebung war formal damit begründet worden, dass drei Zeuginnen im Prozess von früheren sexuellen Übergriffen berichtet hatten, die nicht Teil der Anklage waren. Solche Zeugnisaussagen sind in Verfahren wegen sexueller Übergriffe oft wichtig, wenn

## Eine Wandlung ist immer möglich

Der Fall Harvey Weinstein zeigt, wie komplex unser Menschenbild ist.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Aussage gegen Aussage steht. Da liegt es nahe, früheres Verhalten in die Bewertung einzubeziehen. In Deutschland ist dies ohnehin gängige Praxis. Diese Beweisführung entspricht einer verbreiteten Vorstellung, die sich schon bei Aristoteles findet: dass nämlich Menschen sich nicht plötzlich ändern und dass man aus ihrem früheren Fehlverhalten auch auf ihre gegenwärtigen Neigungen schließen kann.

Wir pflegen aber zugleich die (christliche) Auffassung, dass der Mensch frei ist, jederzeit eine innere moralische Wandlung zu vollziehen, und deshalb nicht auf seine Vergangenheit festgenagelt werden darf. Dem entspricht das ausdrückliche Verbot für die Staatsanwaltschaft in New York, Beweise für frühere Straftaten vorzu-

legen, „wenn sie nur dazu dienen, den schlechten Charakter des Angeklagten oder seine Neigung zu Verbrechen zu beweisen“ (Molineux-Regel). Damit soll verhindert werden, dass die Geschworenen den Angeklagten für seine Vergangenheit und seinen Charakter verurteilen und nicht nur für die Taten, die Gegenstand der Anklage sind. In Kalifornien ist das jedoch anders. Dort darf die Staatsanwaltschaft bei Sexualdelikten die Geschworenen über das Vorleben des Angeklagten in Kenntnis setzen. Weinstein dürfte also schwerlich freikommen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.